

Tag der Ausgabe:

Mittwoch und Sonnabend.



Insertionsgebühr:

für die gesp. Zeile 15 Pf.

Amtsblatt für das Fürstentum Lippe.

Nr. 19.

Mittwoch, den 6. März.

1907.

Die Nr. 10 des Reichs-Gesetzblatts, ausgegeben zu Berlin, den 1. März 1907, enthält:

Nr. 3297. Verordnung, betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 b der Gewerbeordnung auf Werkstätten der Tabakindustrie. Vom 21. Febr. 1907.

Nr. 3298. Bekanntmachung, betreffend die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb. Vom 27. Februar 1907.

Nr. 3299. Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Gartenbaues. Vom 22. Februar 1907.

Die von dem verstorbenen Fräulein Johanna Hunecke zufolge testamentarischer Bestimmung errichtete Johanna Hunecke-Stiftung in Salzuflen, welche die Errichtung und Unterhaltung eines Heims für einsame, alleinstehende Personen weiblichen Geschlechts der Stadtgemeinde Salzuflen zum Gegenstande hat, ist auf Grund der vorgelegten Satzungen genehmigt.

Die Stiftung erlangt demzufolge den Charakter der rechtsfähigen Stiftung im Sinne des § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches und des § 6 des Ausführungsgesetzes hierzu.

Detmold, den 25. Februar 1907.

Fürstliches Staatsministerium.

Frhr. von Gevecke.

Der Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter in Schötmar und Umgegend (C. H.) ist

nach Vornahme einer Statutenänderung von neuem die Bescheinigung erteilt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt.

Detmold, den 26. Februar 1907.

Fürstliches Staatsministerium.

Frhr. von Gevecke.

Das auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 aufgestellte und gedruckte Ortschaftsverzeichnis des Fürstentums Lippe, in welchem die sämtlichen im hiesigen Lande gelegenen mit besonderen Namen versehenen Ortschaften und Wohnplätze mit Angabe der Zahl der Wohnhäuser und Haushaltungen, sowie der nach Geschlecht und Religionsbekenntnis getrennten Bevölkerung und unter Bezeichnung ihrer Zugehörigkeit zu den Verwaltungs- und den Gerichtsbezirken, zu den Kirchen- und den Schulgemeinden, zu den Standesämtern und den Postbestellbezirken aufgeführt worden sind, ist zum Preise von 50 Pfennig für das gebundene Exemplar von der Registratur zu beziehen.

Detmold, den 21. Februar 1907.

Fürstlich Lippsche Regierung.

In Vertretung:

Overbeck.

An Stelle des Pastors Overbeck in Bösingfeld ist der bisherige Schiedsmanns-Stellvertreter Maurermeister Rose in Bösingfeld als Schiedsmann für den Bezirk Amt Sternberg-Barntrup V. und als Schiedsmanns-Stellvertreter für den genannten Bezirk der Bäckermeister

Riet Hof Nr. 67 in Bösingfeld gewählt und bestätigt worden.

Detmold, den 25. Februar 1907.

Fürstlich Lippische Regierung.

In Vertretung:

O verbeck.

Nach dem Bundesratsbeschlusse vom 6. Oktober 1904 über die Ausmünzung von 100 Millionen Mark in Fünfzigpfennigstücken sollen die in den bisherigen Formen geprägten Fünfzigpfennigstücke zur Einziehung gelangen. Diese Geldstücke können an die Fürstlichen Kassen des Landes, welche angewiesen worden sind, den Wünschen des Publikums nach Umtausch von Fünfzigpfennigstücken alten Gepräges gegen andere Münzen tunlichst zu entsprechen, abgeliefert werden.

Detmold, den 31. Oktober 1906.

Fürstlich Lippische Regierung.

Frhr. von Gevelot.

Die höchsten Tagespreise für Fourage im Hauptmarkttort Lemgo betragen im Monat Februar d. J. im Durchschnitt

für Hafer für 50 Kilo . 10,— Mk.

" Heu " " " . 3,— "

" Stroh " " " . 2,50 "

demnach mit einem Aufschlag von 5% — § 9 Ziffer 3 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden in der Fassung vom 24. Mai 1898 —

für Hafer für 50 Kilo . 10,50 Mk.

" Heu " " " . 3,15 "

" Stroh " " " . 2,63 "

Detmold, den 2. März 1907.

Fürstlich Lippische Regierung.

In Vertretung:

O verbeck.

Bewerbungen um die erledigte Pfarrstelle in Sonneborn sind innerhalb 14 Tagen bei uns anzubringen.

Detmold, den 4. März 1907.

Fürstlich Lippisches Konsistorium.

P u s t k u c h e n.

Der gegen den Arbeiter Adolf Reßner, gen. Wilhelm Schulz aus Köln, am 24. Januar l. J. erlassene Steckbrief ist erledigt.

Detmold, den 3. März 1907.

Der Erste Staatsanwalt.

C red é.

Steckbrief.

Gegen den am 3. November 1884 zu Jakobseuber, Kreis Diepholz geborenen Händler Friedrich Wagener ist die Untersuchungshaft wegen Bedrohung verhängt.

Es wird ersucht, denselben festzunehmen und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern, sowie Nachricht hierher zu den Akten P. L. 280/06 zu geben.

Lemgo, den 4. März 1907.

Der Fürstliche Amtsanwalt.

O s t m a n n.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der in Detmold belegene, im Grundbuche von Detmold Bd. XXXV Bl. 1706 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Hofstischlers Fritz Begemann in Detmold eingetragene Grundbesitz, nämlich das herrschaftliche Wohnhaus C. Nr. 307, mit Garten und Gebäudefläche, Parzellen 329/2 und 325/2 des Kartenbl. 25 zu 7 a 64 qm „Im Fürstengarten“ am

21. März 1907, vormittags 11 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 5, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Januar 1907 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Detmold, den 20. Januar 1907.

Fürstliches Amtsgericht II.

Stechbrief.

Gegen den Tischlergesellen Hermann Lübke, geb. 5. Februar 1868 zu Wangerin, Kreis Regenwalde, evangelisch, z. Zt. unbekannten Aufenthaltsorts, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Beleidigung verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern, sowie zu den hiesigen Akten D. 5 Nr. 7 sofort Mitteilung zu machen.

Blomberg, den 28. Februar 1907.

Fürstliches Amtsgericht II.

In das hiesige Güterrechtsregister ist unter laufende Nr. 87 eingetragen:

Die Ehegatten Ziegler Hermann Holänder aus Nr. 9 in Billinghamen und Henriette, geb. Poppe daselbst, haben durch Vertrag vom 13. Februar 1907 die allgemeine Gütergemeinschaft eingeführt.

Lage, den 13. Februar 1907.

Der Gerichtsschreiber Fürstlichen Amtsgerichts.

Strafbefehl.

Auf den Antrag der Fürstlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschulung, daß Sie am 10. und 12. November 1906 in Derlinghausen und Asemissen, außerhalb des Gemeindebezirks Ihres Wohnortes, ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorgängige Bestellung in eigener Person fertige Kleidungsstücke und Manufakturwaren im Umherziehen feilgeboten haben, ohne einen Wandergewerbebeschein für hiesiges Land eingelöst zu haben, Uebertretung gegen §§ 36, 40, 42, 50, 60, 62 des Gesetzes, die Einführung einer Gewerbebesteuer betr., vom 19. Februar 1878, wofür

als Beweismittel bezeichnet ist: Zeugnis 1. des Zieglers Adolf Hattenkerl hier, Detmolderstraße, 2. der unverheirateten Johanne Borchard, 3. der unverheirateten Marie Borchard hier, 4. des Tischlers Adolf Sielemann hier, Bielefelderstraße, 5. des Tischlers Herm. Thomas hier, 6. des Tischlers Karl Feist bei Tischler Bobe hier, 7. des Schweizers Ernst Blaser in Lage i. L., 8. des Wirts Behmeier in Asemissen, 9. des Vorstehers Rohring das., 10. des Gendarms Graf in Derlinghausen, eine Geldstrafe von 96 Mark (sechshundneunzig Mark), und für den Fall, daß dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von 24 Tagen festgesetzt.

Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben.

Die Geldstrafe und die unten berechneten Kosten sind an die hiesige Gerichtskasse binnen einer Woche nach dem Eintritt der Vollstreckbarkeit bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung zu zahlen. Bei der Zahlung ist dieser Strafbefehl vorzulegen oder durch Angabe Ihres Namens und der Geschäftsnummer genau zu bezeichnen.

Derlinghausen, den 14. Februar 1907.

Fürstliches Amtsgericht.

An

Herrn Handlungsgehilfen Waldemar Max, zuletzt bei Kaufmann Linke in Bielefeld, jetzt unbekannten Aufenthalts.

Kostenrechnung:

1. Gebühr für den Strafbefehl	4,— Mk.
(§ 63 des Gerichtskostengesetzes)	
2. Schreibgebühr	0,30 „
	zusammen 4,30 Mk.

Vorstehender Strafbefehl wird zum Zwecke der öffentlichen Zustellung hierdurch bekannt gemacht.

Derlinghausen, den 26. Februar 1907.

Der Gerichtsschreiber Fürstlichen Amtsgerichts.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kolons Hermann Brakhage Nr. 29 zu Asendorf hat der Konkursverwalter

die Anberaumung einer besonderen Gläubigerversammlung beantragt.

Termin hierzu ist auf
Mittwoch, den 13. März 1907,
morgens 10¹/₂ Uhr,

vor dem hiesigen Amtsgericht anberaumt.

Gegenstand der Beschlußfassung:
Erteilung der Genehmigung zum freihändigen Verkaufe des Grundbesizes.

Hohenhausen, den 28. Februar 1907.
Der Gerichtschreiber Fürstlichen Amtsgerichts.

In das hiesige Güterrechtsregister ist eingetragen, daß die Eheleute Ziegler August Hottel Nr. 89 in Langenholzhausen und dessen Ehefrau Auguste, geb. Krugjohann, durch Vertrag vom 1. März 1907 für ihre Ehe die allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart haben.

Hohenhausen, den 4. März 1907.
Fürstliches Amtsgericht.

Freiwillige Versteigerung.

Auf Antrag der Eigentümerin soll das der Witwe Kolona Auguste Dreischmeier in Lichtensberg gehörige Kolonat Nr. 84 zu Lichtensberg, Bauerschaft Bentorf, eingetragen im Grundbuche von Bentorf Bd. VI Bl. 115, in einer Gesamtgröße von 40 ar 42 qm mit 3,14 Mark Reinertrag und 60 Mark jährlichem Mietwert der Gebäude im Termine am

Donnerstag, den 14. März 1907,
nachmittags 3 Uhr,
an Ort und Stelle in Lichtensberg öffentlich meistbietend versteigert werden.

Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht.

Hohenhausen, den 4. März 1907.
Fürstliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit Folgendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

1. In der Zeit vom 1. März und folgende Tage findet das Austragen der Kriegsbeordnungen und Paßnotizen (erstere auf gelbem, letztere auf weißem Papier) teils durch Ordonnanzen zc. teils durch die Post statt.
 2. Jeder noch nicht zur Meldung gebrachte Wohnungswechsel ist sofort dem zuständigen Meldeamt bezw. Bezirksfeldwebel anzuzeigen.
 3. Diejenigen Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche sich nicht selbst tagsüber zur Empfangnahme zu Hause halten können, haben hiermit einen ihrer (erwachsenen) Anverwandten, Quartierwirte oder Mitbewohner zu beauftragen.
 4. Jeder Mann (ausgenommen Landwehr II) der bis zum 31. März keine Kriegsbeordnung oder Paßnotiz erhalten, hat dieses schriftlich oder mündlich sofort dem zuständigen Meldeamt bezw. Bezirksfeldwebel zu melden.
 5. Die vom 1. April 1907 ab nicht mehr gültigen Kriegsbeordnungen und Paßnotizen sind an diesem Tage, aber keinesfalls früher durch die Mannschaften selbst zu vernichten.
- Detmold, den 26. Februar 1907.

Königliches Bezirkskommando.

v. Basse,
Major z. D. und Kommandeur.